

Über uns

Der Verband der Öffentlichen Wirtschaft und Gemeinwirtschaft Österreichs – VÖWG – vertritt die Interessen der öffentlichen Wirtschaft, insbesondere im Bereich der Daseinsvorsorge. Der VÖWG repräsentiert somit Unternehmen und Einrichtungen, die im Eigentum, mit Beteiligung oder im Auftrag von Gebietskörperschaften Dienstleistungen im Allgemeininteresse erbringen. Neben der öffentlichen Infrastruktur (Personenverkehr, Wasser, Energie, Abfall) sind auch Bildung, Gesundheit, Kultur und soziale Dienste vom Begriff der Daseinsvorsorge umfasst.

Der VÖWG betreibt Lobbying auf europäischer und nationaler Ebene und arbeitet in den Ressorts Wirtschaft, Finanzen und Binnenmarkt, Soziales und Gesundheit, Medien und Kommunikation, Verkehr und Umwelt sowie Energie. Ziel ist es, Kommunen und öffentliche Unternehmen mit Institutionen aus Politik, Wirtschaft und Wissenschaft auf nationaler wie europäischer Ebene besser zu vernetzen.

Als österreichische Sektion des Europäischen Zentralverbands der Öffentlichen Wirtschaft in Brüssel – CEEP – ist der VÖWG Teil der europäischen Sozialpartner (CEEP, BUSINESSEUROPE, EGB) und arbeitet direkt an der Entstehung von Gesetzen mit. Darüber hinaus nützt der VÖWG als Mitglied des in Lüttich/Belgien ansässigen Internationalen Forschungs- und Informationszentrums für Gemeinwesen – CIRIEC – internationale Expertisen und Kontakte. Auf diese Weise wahrt er die Interessen seiner Mitglieder und gestaltet europäische Wirtschafts- und Sozialpolitik wirksam mit.

Präsidentin des VÖWG ist die amtsführende Wiener Stadträtin Renate Brauner. Die Geschäftsführung hat seit März 2010 Heidrun Maier-de Kruijff inne.

Aktuelles

Der VÖWG verhandelt gegenwärtig auf europäischer Ebene die Überarbeitung der Arbeitszeitrichtlinie. Die Bedeutung der europäischen Sozialpartner im politischen Willensbildungsprozess der EU kann nicht hoch genug eingeschätzt werden, wird doch die Arbeitszeitrichtlinie massive Auswirkungen auf die öffentliche Wirtschaft haben. Weitere aktuelle Themen sind: sozialer Wohnbau, unionsrechtliche Normierung von Dienstleistungskonzessionen, EU-Beihilfenrecht und das Grünbuch Vergaberecht. Der VÖWG sitzt auch in diesen Bereichen mit am Verhandlungstisch.

Österreichs Bundeshauptstadt Wien wird 2012 in enger Kooperation mit dem VÖWG den CIRIEC-Kongress ausrichten. Fachtagungen bzw. Seminare zu aktuellen Themen sind ein wesentlicher Teil der Verbandsarbeit des VÖWG.

Nicht zuletzt dank der Partizipation des Verbands sind derzeit zwei ÖsterreicherInnen im CEEP in führender Position tätig: Hans Sailer als Vorsitzender des Umweltausschusses und (bereits seit 2006) Edith Kitzmantel als Vorsitzende des makroökonomischen Komitees.

Unsere Mitglieder

Mitglieder des Verbandes arbeiten in unterschiedlichen Geschäftsfeldern in ganz Österreich. Aus dem Bereich Soziales, Beschäftigung und Gesundheit vertritt der Verband Krankenanstalten sowie große Sozialeinrichtungen und führende Dienstleistungsunternehmen im arbeitsmarktpolitischen Bereich. Fernwärme-, Gas- und Elektrizitätswerke bzw. Unternehmen aus dem Feld Energieerzeugung und -versorgung sowie Wasser und Abfallentsorgung stellen eine weitere Gruppe dar.

Der Verband repräsentiert darüber hinaus Institutionen des Geld- und Versicherungswesens, des Verkehrs- und Transportwesens, von Regional- und Lokalbehörden sowie kommunale Dienstleister. Zahlreiche Wohnbau- und Siedlungsgenossenschaften, Einrichtungen aus Kunst, Kultur sowie Forschung runden das Mitgliederspektrum ab. Darüber hinaus kooperiert der VÖWG in Österreich unter anderem mit dem Verband kommunaler Unternehmen (VKÖ), dem Österreichischen Städtebund, dem Österreichischen Gemeindebund, dem ÖGB sowie mit der Wirtschafts- und Arbeiterkammer.

Unsere Aufgaben

Verhandlungen und Debatten mit verantwortlichen PolitikerInnen, relevanten EntscheidungsträgerInnen in den Generaldirektionen der Europäischen Kommission, im Europäischen Parlament, in Delegationen, Ausschüssen, nationalen Ministerien sowie Landesbehörden sind Teil der täglichen Verbandsarbeit.

Neben der Wahrung von Mitgliederinteressen bietet der VÖWG eine Reihe von weiteren Services an. Spezialrecherchen bzw. die Zusammenstellung von Informationsportfolios zu wichtigen Themen – etwa zu Förderprogrammen der EU – oder die rechtliche Begleitung von Konsultationsverfahren auf europäischem wie nationalem Level gereichen zum Vorteil seiner Mitglieder. Der Verband unterstützt so bei der Abklärung von Kosten wie auch beim Treffen wichtiger strategischer Entscheidungen im täglichen Geschäftsleben. Der VÖWG versteht sich als Vermittler zwischen ExpertInnen aus der öffentlichen Wirtschaft und politischen EntscheidungsträgerInnen und Institutionen aus Politik, Wirtschaft und Wissenschaft.

Unsere wesentlichen Aufgaben:

- Beratung und Information der Mitglieder
- Erarbeitung von Vorschlägen für Maßnahmen der Gesetzgebung und Verwaltung
- Abgabe von Stellungnahmen an EntscheidungsträgerInnen im Interesse der Mitglieder
- Interessenvertretung bei EU-Institutionen
- Publikationen, Vorträge und Öffentlichkeitsarbeit

Informationsservices:

- Wöchentliche Publikation aktueller Legislativvorschläge der Europäischen Kommission
- Regelmäßige Medienbeobachtung
- Monatliche Bekanntmachung laufender Konsultationen der Kommission
- Kompaktinformationen zu aktuellen Themen aus den Ressorts

Unsere Ressorts

1. Soziales und Gesundheit

Als österreichische Sektion des CEEP partizipiert der VÖWG aktiv am Sozialen Dialog, der Fundament einer unabhängigen Sozialpolitik und unverzichtbares Instrument der Politikberatung in der EU ist. Über den Sozialen Dialog werden die europäischen Sozialpartner konsultiert. Auf diese Weise nimmt der VÖWG stellvertretend für seine Mitglieder aktiv an der Gestaltung der europäischen Sozial- und Beschäftigungspolitik teil.

Das Social Affairs Committee des CEEP ist dabei für sämtliche Aktivitäten im Bereich soziale Angelegenheiten sowie für die Positionierung des CEEP im Sozialen Dialog verantwortlich. Es ist in einschlägigen Gremien europäischer Institutionen vertreten und nimmt beispielsweise am tripartiten Spitzengremium des europäischen Sozialen Dialogs teil. Der VÖWG koordiniert eine Arbeitsgruppe „Sozialer Dialog“ und vertritt die Interessen seiner Mitglieder im Social Affairs Committee in Brüssel.

Eines der zentralen Themen des Sozialen Dialogs ist der demografische Wandel in Europa, der unmittelbare Auswirkungen auf die gesamte Arbeitswelt hat. Weitere Themen sind: Arbeitszeit, Gesundheit und Sicherheit am Arbeitsplatz, Gleichbehandlung, Mobilität, Soziale Verantwortung von Unternehmen, Lebenslanges Lernen, Work-Life-Balance.

Aktuelle Agenden:

- Überarbeitung der Arbeitszeitrichtlinie
- Grünbuch der Kommission zu Pensionen und Renten
- Strategie der Europäischen Kommission für Gleichstellung von Frauen und Männern
- Strategie für Menschen mit Behinderungen
- Soziale Dienstleistungen von allgemeinem Interesse (SSGIs)
- Soziale Eingliederung und Armutsreduktion im Rahmen der Strategie Europa 2020
- Europäisches Jahr des Aktiven Alterns 2012

2. Wirtschaft, Finanzen und Binnenmarkt

Die Herstellung eines gemeinsamen EU-Binnenmarkts ist als das Kernstück europäischer Integration anzusehen. Unter der Ägide von Jacques Delors Mitte der 1980er Jahre vorangebracht, berührt die weitere Integration des Binnenmarkts (Dienstleistungsrichtlinie 2006, Binnenmarktakte 2010 etc.) den Alltag aller EU-BürgerInnen. Was auf den Konsumgütermärkten zu beträchtlichem Mehrwert geführt hat, kann jedoch nicht uneingeschränkt auf alle Bereiche des täglichen Lebens umgemünzt werden. Insbesondere die Aufrechterhaltung gemeinwirtschaftlicher Verpflichtungen muss mit der Gewährleistung der vier Grundfreiheiten – freier Verkehr von Personen, Dienstleistungen, Kapital und Waren – abgestimmt werden.

Daseinsvorsorge kann auf höchstem Niveau mit Binnenmarktintegration einhergehen. Öffentliche Vorzeigeunternehmen stellen tagtäglich unter Beweis, dass Dienstleistungen von allgemeinem (wirtschaftlichem) Interesse effizient und dabei in höchster Qualität und für alle zugänglich erbracht werden können. Dafür müssen Interessen und Bedürfnisse von VÖWG-Mitgliedern – öffentliche Unternehmen und Dienstleister erwirtschaften rund ein Fünftel des BIP innerhalb der EU – jedoch in die politischen Willensbildungsprozesse auf europäischem wie nationalem Level einfließen.

Aktuelle Agenden:

- Stellungnahme zur Binnenmarktakte
- Stellungnahme zum Grünbuch zur Modernisierung im Bereich des öffentlichen Auftragswesens
- Qualitätskonzept: Dienstleistungen von allgemeinem Interesse
- Evaluierung des Monti-Kroes-Pakets (EU-Beihilfenrecht)
- Unionsrechtliche Normierung von Dienstleistungskonzessionen
- Mehrjähriger EU-Finanzrahmen 2014+
- Verlängerung der österreichischen Schwellenwertverordnung
- Fiskalpolitische Harmonisierung in der EU (Körperschaftssteuerbemessungsgrundlage, VAT)

3. Medien und Kommunikation

Im Kontext von Interkonnektivität, E-Commerce und behördlichen Online-Services sind geeignete rechtliche Rahmenbedingungen unverzichtbar geworden. Etwa muss überlegt werden, wie persönliche Daten, geistiges Eigentum sowie Know-how und Produktentwicklungen ausreichend geschützt werden. Sowohl Gemein- als auch Privatwirtschaft sind dieser Entwicklung unterworfen.

Der VÖWG arbeitet auch in diesem Bereich für die Wahrung der Interessen der Erbringer von Dienstleistungen von allgemeinem (wirtschaftlichem) Interesse. Diese werden von Digitalisierung, Globalisierung und Tertiärisierung, insbesondere in Sachen Infrastruktur und Steuerung von Versorgungs- und Verwaltungssystemen, in immer stärkerem Maße berührt.

Aktuelle Agenden:

- Digitale Agenda: Überarbeitung der Datenschutzrichtlinie
- IKT-Infrastrukturpolitik: Next Generation Access (NGA)

4. Verkehr und Umwelt

Klimaschutz bzw. die Dekarbonisierung unseres Wirtschafts- und Gesellschaftssystems erfordert einen breiten politischen Konsens. Allein der Umbau bzw. die Adaptierung von Verkehrs- Transport- und Energieversorgungssystemen wird in den nächsten zwei Dekaden hohe Investitionskosten verursachen. Von Maßnahmen zur Erhöhung der Energieeffizienz wie etwa der thermischen Gebäudesanierung bis hin zur dezentralen sauberen Stromerzeugung.

Die von der Europäischen Union ausgegebenen Klimaziele können nur in Zusammenarbeit mit der öffentlichen Wirtschaft erreicht werden. Werden doch nur öffentliche Unternehmen – mangels kurz- und mittelfristiger Rentabilität – dazu in der Lage sein, die anstehenden Investitionskosten zu schultern. Rechtliche Rahmenbedingungen und politische Initiativen sind demzufolge mit den ExpertInnen öffentlicher Dienste, insbesondere aus der Verkehrs-, Transport-, Energie- Umwelt- und Wasserwirtschaft, im Detail zu beraten und abzustimmen.

Aktuelle Agenden:

- EU-Infrastrukturstrategie
- TEN - Transeuropäische Netze
- Sauberer, urbaner Transport; Elektromobilität
- Adjustierung des Europäischen Emissionshandelssystems
- Green Jobs

5. Energie

Die Gewährleistung einer qualitativ hochwertigen Grundversorgung mit Energie zu erschwinglichen Preisen steht im Mittelpunkt öffentlichen Interesses. Dabei kommt öffentlichen Energieunternehmen eine Schlüsselfunktion zu. Ihre kontinuierlich hohen Investitionen in die bestehende Infrastruktur – etwa in die hocheffiziente Kraft-Wärme-Kopplung und erneuerbare Energietechnologien – zielen auf eine qualitätsvolle und gleichermaßen nachhaltige, umweltbewusste Energieversorgung ab.

Mit dem Beginn der Liberalisierung des Energiemarktes, jedoch spätestens mit dem 3. Energiebinnenmarktpaket der EU bzw. dessen Umsetzung in österreichisches Recht (EIWOG 2010), stehen Erbringer öffentlicher Dienste von allgemeinem Interesse einem wachsenden Wettbewerbsdruck gegenüber. Stetig komplexer werdende Regelungen sowie Abgabenbelastungen stellen Österreichs Energieversorgungsunternehmen vor neue Herausforderungen. Der VÖWVG nimmt diese gemeinsam mit seinen Mitgliedern und europäischen Partnern in Angriff. Der Verband arbeitet sowohl auf österreichischer als auch europäischer Ebene, um den europäischen Energiebinnenmarkt im Sinne von Europas BürgerInnen bestmöglich zu gestalten.

Aktuelle Agenden:

- Umsetzung des EIWOG auf Landesebene
- Roadmap 2050 der Kommission
- Strategischer Energie-Technologieplan (SET)
- Energieeffizienzaktionsplan 2011 der Kommission
- Energie-Infrastrukturpaket
- Weitere Integration des europäischen Energiebinnenmarkts bis 2014
- Novellierung des Ökostromgesetzes
- Revision der EU-Energiesteuerrichtlinie